



Gesundheitsminister Alain Berset und Moderna-Vizepräsident Dan Staner besuchten am 11. Januar das Lonza-Werk in Visp. Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

Warum die Gespräche zwischen Berset und Lonza im Sand verliefen

Impfstoff-Produktion in Visp Schon im April 2020 bat Lonza den Bund um Staatsgelder für die Impfstoffproduktion. Doch der Konzern konnte der Schweiz keine privilegierte Belieferung zusichern.

Christoph Lenz, Isabel Strassheim und Beni Gafner

Hätte sich die Schweiz eine exklusive Impfstoff-Produktionslinie bei Lonza in Visp sichern können? Die Frage elektrisiert die politische Schweiz seit mehreren Tagen. Der Druck der bürgerlichen Parteien auf Bundesrat Alain Berset und das Bundesamt für Gesundheit steigt. Am Montag hat sich der aufgeschreckte Ständerat für eine Gesetzesgrundlage ausgesprochen, die dem Staat ermöglicht, Impfstoffe und andere medizinische Güter selbst herzustellen. Das Gesetz könnte schon am Freitag besiegelt werden.

Doch worüber haben der Bund und Lonza im vergangenen Frühling genau verhandelt? Was stand auf dem Spiel? Und was nicht?

Berset wusste seit April 2020 Bescheid

Weitere Recherchen dieser Zeitung lassen die Vorgänge nun klarer erscheinen: Am 14. April 2020 schrieb Lonza-Verwaltungsratspräsident Albert Baehny einen Brief an die damalige Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) und an Gesundheitsminister Alain Berset (SP). Baehny informierte den Bundesrat darin, dass der Lonza-Konzern in Visp den Corona-Impfstoff des US-Herstellers Moderna herstellen werde. Zudem signalisierte Baehny, dass Lonza mit dem Bund Gespräche über «Investment Commitments», also über Staatsinvestitionen, führen möchte. Der Brief war zwar an Sommaruga und

Berset adressiert, ging jedoch an die Bundeskanzlei. Diese leitete ihn ausschliesslich an Berset weiter; Sommaruga wusste laut einer Sprecherin nichts davon.

Wie verschiedene Quellen übereinstimmend sagen, fanden in den folgenden Wochen im April und im Mai 2020 Gespräche zwischen Berset und Baehny statt. Diese förderten aber verschiedene Probleme zutage, weshalb Berset die Idee einer direkten staatlichen Finanzspritze in Visp letztlich verwarf. Am vergangenen Freitag sagte er, dass er den Gesamtbundesrat nicht über den Vorgang informierte.

USA gaben Geldspritze für US-Produktion von Lonza

Neben dem Risiko, dass der Moderna-Impfstoff die klinische Testphase nicht überstehen würde, war das Hauptproblem demnach, dass Lonza dem Bund kein Vorkaufrecht für den in Visp produzierten Impfstoff gewähren konnte. Denn alles, was in der Oberwalliser Impfstoffanlage vom Band läuft, gehört rechtlich dem US-Hersteller Moderna und wird von diesem an die Impfstoffkäufer weltweit verteilt. Fakt ist aber auch, dass verschiedene Staaten die Strategie verfolgen, sich durch direkte Investitionen eine bevorzugte Belieferung zu sichern. So half die Trump-Regierung dabei, die Vakzinproduktion im Lonza-Werk in Portsmouth im US-Bundesstaat New Hampshire hochzufahren.

Korrektur

Am 11. März erschien in dieser Zeitung ein Artikel, der auf der Aussage basierte, dass dem Bund eine eigene Produktionsanlage für den Moderna-Impfstoff bei Lonza in Visp angeboten worden war. Neue Recherchen zeigen jedoch, dass es dabei um das Angebot einer staatlichen Mitfinanzierung ging. (red)

Wohl deshalb kam Lonza-Präsident Baehny auf die Idee, für die Impfstoffproduktion in der Schweiz Geld beim Schweizer Staat anzufragen. Der Strategie, die Impfstoffe nicht nur zu bestellen, sondern auch in die Produktionsstätten für den Covid-Impfstoff zu investieren und sich auf diese Weise eine bevorzugte Belieferung zu sichern, folgt auch Grossbritannien.

«In unseren Verhandlungen mit den Herstellern haben wir uns verpflichtet, die Produktion dort zu unterstützen, wo uns das zu einer früheren Lieferung verhilft», zitierte im Februar die «Financial Times» die Leiterin für die britische Impfstoffbeschaffung, Kate Bingham. Ihr Plan geht auf: So lassen die deutsche Curevac oder die US-Firma Novavax ihre Impfstoffe in Grossbritannien herstellen. Die Briten schaffen ihnen zusätzliche Kapazitäten und werden bevorzugt beliefert. Der entscheidende Unterschied zur Situation in der Schweiz: Lonza konnte dem Bund keine bevorzugte Lieferung zusichern, da der Konzern den Impfstoff nur im Auftrag von Moderna herstellt.

Hinzu kam in den Gesprächen zwischen dem Bund und Lonza ein weiteres Problem: die Komplexität internationaler Lieferketten. Lonza stellt in Visp nicht den fertigen Impfstoff, sondern nur den Wirkstoff her. Er muss noch mit Lipiden (Fetten) ummantelt und steril abgefüllt werden. Momentan geschieht dies in einem Werk in der Nähe von Madrid.

Nach den Gesprächen mit Lonza-Präsident Baehny versuchte Ge-

«Wir haben uns verpflichtet, die Produktion dort zu unterstützen, wo uns das zu einer früheren Lieferung verhilft.»

Kate Bingham, Leiterin der britischen Impfstoffbeschaffung

plexität internationaler Lieferketten. Lonza stellt in Visp nicht den fertigen Impfstoff, sondern nur den Wirkstoff her. Er muss noch mit Lipiden (Fetten) ummantelt und steril abgefüllt werden. Momentan geschieht dies in einem Werk in der Nähe von Madrid.

Hätte eine Schweizer Finanzierung genutzt?

«Lonza ist nur ein Zulieferer und hat sich eigentlich nicht ernsthaft direkt an den Bundesrat wenden können, denn damit hätte der Konzern gegebenenfalls sein Auftragsverhältnis zu Moderna umgangen», sagt Olav Zilian, Pharmaanalyst bei Mirabaud Securities.

Wegen der Pandemie hält er Baehny's Initiative dennoch für berechtigt. Zilian geht davon aus, dass sich die Schweiz mit der Verpflichtung, die Produktion in Visp finanziell zu unterstützen, gute Karten bei Moderna für eine schnelle Lieferung des fertigen Impfstoffes hätte sichern können. Nach den Gesprächen mit Lonza-Präsident Baehny versuchte Ge-

sundheitsminister Alain Berset, dieses Ziel auf anderem Weg zu erreichen: Der Bund verhandelte direkt mit Moderna. Bereits im Frühsommer 2020, als sich der Moderna-Impfstoff noch mitten in der zweiten von drei klinischen Testphasen befand, bestellte die Schweiz als eines der ersten Länder 4,5 Millionen Impfdosen des US-Herstellers. Zudem vereinbarten der Bund und Moderna, dass der US-Hersteller Produktionsstrukturen in der Schweiz aufbaut. Statt Staatsgelder flossen so private Mittel von Moderna in die Produktion in Visp.

Neues Gesetz für Herstellung medizinischer Güter

Geht es nach dem Ständerat, soll der Bund die gesetzliche Grundlage erhalten, im Bedarfsfall Staatsgeld für eine rasche Medikamenten- und Impfstofffertigung einzusetzen. Am Montag schuf er die Rechtsgrundlage, im Notfall wichtige medizinische Güter auch «herstellen lassen» zu können.

So verlangt es ein Antrag des Zürcher FDP-Ständerats Ruedi Noser, dem die kleine Kammer still folgte. Nun ist es am Nationalrat, am Mittwoch dem Ständerat Folge zu leisten. Die Chance dazu steht gut, denn FDP und Ratslinke sind sich im Grundsatz bei diesem Punkt einig. Der neue Gesetzespassus könnte dann eine Rolle spielen, sollten die bisherigen Impfstoffe bei einer mutierten Virusvariante versagen und müsste rasch eine neue Impfstoff- oder Medikamentenfertigung auf die Beine gestellt werden.

Börse

SMI
10944 Punkte

+0.7%



Die Besten

Partners Group N	+2.8%
Lonza N	+1.5%
Novartis N	+1.4%

Die Schlechtesten

Swiss Life N	-0.6%
SGS N	-0.5%
LafargeHolcim N	-0.5%

Dow Jones Ind.

32'826 Punkte

-0.4%

Nasdaq Comp.

13'471 Punkte

+0.1%

Euro in Franken	1.102	-0.43%
Dollar in Franken	0.926	-0.10%
Euro in Dollar	1.189	-0.33%
GB-Pfund in Franken	1.286	-0.10%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	68.07	-0.1%
Gold (Unze) in Dollar	1726.80	0.1%
Silber (Unze) in Dollar	26.14	-0.6%

Roche lanciert Test zur Erkennung von Virusmutationen

Corona Der Schweizer Pharmakonzern Roche hat einen Test entwickelt, mit dem Wissenschaftler potenziell gefährlichere Varianten des Coronavirus nachweisen können. Der neue Labortest solle dabei helfen, Virusmutanten und ihren Anteil an den Corona-Infektionen festzustellen, erklärte Roche gestern. Dies helfe bei der Entwicklung von Strategien für Therapien und Impfungen. «Eine kontinuierliche Überwachung ist entscheidend für die öffentliche Gesundheit», sagte der Chef des Unternehmensbereichs Diagnostik, Thomas Schinecker.

Für den Variantentest wird ein Analysegerät zur Testauswertung von Roche benötigt. Dieses sei bereits in vielen Forschungslaboren und Krankenhäusern vorhanden. Mutationen von Sars-CoV-2 wie die zunächst in Grossbritannien und Südafrika aufgetretenen haben den Kampf gegen die Pandemie erschwert, weil sie offenbar deutlich ansteckender sind. Bei der Bewertung der Wirksamkeit von Impfstoffen müssen auch verbreitete Varianten berücksichtigt werden. (afp)

Swiss Steel: Vekselberg gibt noch nicht auf

Beschwerde Im Streit um die Kapitalerhöhung von Swiss Steel reicht die Aktionärin Liwet-Holding bei der Finanzmarktaufsicht Finma eine Beschwerde gegen eine frühere Verfügung der Übernahmekommission (UEK) ein. Man nehme die Beschwerde zur Kenntnis, teilte Swiss Steel gestern mit.

Die Liwet Holding um den russischen Milliardär Viktor Vekselberg hatte mit einer Reihe von rechtlichen Schritten durchzusetzen versucht, dass die Big-Point Holding von Martin Haefner doch noch ein allgemeines Pflichtangebot an alle Swiss-Steel-Aktionäre unterbreiten muss. Die UEK lehnte das Gesuch ab, womit die geplante Kapitalerhöhung voranschreiten konnte. Das Bezugsrechtsangebot sei erfolgreich abgeschlossen worden, heisst es in der Mitteilung. Erster Handelstag der neuen Aktien soll der 23. März 2021 sein. (sda)